



Zofingen, 22. Juni 2014/sa

Interpellation Unterbringung von Asylsuchenden in Zofingen

Gestützt auf §28 der Gemeindeordnung der Stadt Zofingen reichen die Unterzeichnenden nachstehendes Begehren ein:

Die aktuelle Situation in Aarburg zeigt ein weiteres Mal die Problematik der Asylpolitik im Kanton bezüglich der Unterbringung von Asylsuchenden. Zofingen hat als Zentrumsstadt eine soziale Verantwortung wahrzunehmen. Die regionale Zusammenarbeit wird stets hoch gewichtet. Dazu gehört auch eine regionale Zusammenarbeit und Verantwortung im Asylwesen. Während Gemeinden wie Aarburg überproportional viele Asylsuchende aufnehmen, kaufen sich Gemeinden wie Zofingen teilweise frei von dieser Aufgabe. So stellte Zofingen im ersten Quartal 2014 lediglich 16 Plätze zur Verfügung, statt der 25 vom Kanton geforderten. Dieses Vorgehen bringt ein Ungleichgewicht mit sich und fördert den Unmut in der Bevölkerung innerhalb der Region Zofingen. Zusätzlich bringt die so genannte Ersatzabgabe hohe finanzielle Aufwände mit sich. Im Jahr 2013 lag sie bei 37'759 Franken. Mit möglichen Neuerungen in der kantonalen Gesetzgebung könnte dieser Betrag in der Zukunft höher sein. Die Aufwände für Asylunterkünfte dagegen werden vom Kanton getragen und es entstehen für die Gemeinden keine direkten Kosten.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Hätte die Aufnahme, der vorgegebenen Anzahl Asylsuchenden, eine Kostenreduktion im Vergleich zur Ersatzabgabe zur Folge? Wie hoch wäre diese?
Bei dieser Frage sollen auch die langfristigen finanziellen Folgen des überarbeiteten kantonalen Sozial- und Präventionsgesetz berücksichtigt werden. Dieses sieht höhere Ersatzabgaben vor
- Wo wäre es in Zofingen möglich zusätzliche Asylsuchende unterzubringen? Gibt es bereits Bemühungen und Abklärungen in diesem Zusammenhang
- Der Kanton erwägt mit einem kantonalen Nutzungsplan grosse kantonale Asylzentren zu ermöglichen. Besteht die Möglichkeit, dass der Kanton in Zofingen ein solches Zentrum plant?

Zofingen, 23. Juni 2014

SP-Fraktion des Einwohnerrates

Der Erstunterzeichnende

Mitunterzeichnende